

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

EUROPÄISCHER RAT
16. und 17. Juni 2005
Brüssel

**REDE DES PRÄSIDENTEN,
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



02/S-2005

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2005)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2005)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2005

REDE DES PRÄSIDENTEN

Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments vor dem Europäischen Rat am 16./17. Juni 2005

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rates,

wir versammeln uns in einem für das europäische Aufbauwerk schwierigen Moment.

Zwei der Gründerstaaten haben sich mit breiter Mehrheit gegen den Entwurf des Verfassungsvertrages ausgesprochen, den Sie alle unterzeichnet haben und den das Europäische Parlament mit großer Mehrheit gebilligt hat.

Ich denke, dass die Gründe, aus denen wir überzeugt waren, dass dieser Text eine bessere Grundlage für ein wirksameres und demokratischeres Funktionieren des erweiterten Europa bildet, dennoch weiterhin ihre Gültigkeit behalten.

Aber es ist eindeutig, dass viele unserer Mitbürger dies nicht so verstanden haben.

Heute ist niemand, auch nicht das Europäische Parlament, in der Lage, eine endgültige Analyse der Situation vorzunehmen noch Patentlösungen vorzuschlagen.

Sie haben den Vertrag unterzeichnet, Ihnen obliegt es, über seine Zukunft zu entscheiden.

Aber wir alle zusammen, Europäische Institutionen und nationale Regierungen, müssen versuchen, auf die Identitätskrise, von der das europäische Aufbauwerk in verschiedenen Ländern betroffen ist, zu reagieren.

Gestatten Sie mir zunächst einige Bemerkungen zu den Entscheidungen, die Sie in den kommenden Stunden treffen müssen und die für die Bürger klar sein müssen.

Die große Frage, die sich die ganze Welt stellt, lautet: Soll der Ratifizierungsprozess fortgesetzt werden oder nicht?

Der Rat könnte beschließen, dass der Verfassungsentwurf bereits hinfällig ist.

Dafür würde es genügen, dass ein einziger Mitgliedstaat formell erklärt, den Vertrag nicht zu ratifizieren.

Bisher hat dies niemand vorgeschlagen, nicht einmal Frankreich und die Niederlande, ohne deren Zustimmung - jeder weiß das - der Vertrag nicht in Kraft treten kann.

Sie können natürlich auch beschließen, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen, z. B. durch flexiblere Gestaltung des Zeitplans und Einleitung einer Phase der Überlegungen und ergänzender Erläuterungen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Diese Option wird mehrheitlich im Europäischen Parlament befürwortet, das dabei sehr wohl berücksichtigt hat, dass mehrere Länder bereits den Verfassungsvertrag ratifiziert haben, eines davon per Referendum.

Aus demokratischem Respekt für diese Länder und für diejenigen, die noch nicht abgestimmt haben, ist die Mehrheit der Mitglieder des Parlaments der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten ihre Ansichten nach Anpassung des Zeitplans kundtun können sollten.

Wenn Sie dies beschließen, müssen wir diese zusätzliche Zeit der Diskussion und Reflexion gut nutzen, aber vermeiden, dass eine "Stop and go"-Strategie viele "Stops" und wenige "gos" beinhaltet. Ich möchte hier unterstreichen, dass die Mehrheit der Mitglieder des Parlaments der Auffassung ist, dass der Prozess fortgesetzt werden muss, ob es eine Pause gibt oder nicht.

Gestatten Sie mir, Ihnen nahe zu legen, was wir meines Erachtens nicht tun dürfen:

- in Pessimismus verfallen und das europäische Vorhaben für gescheitert betrachten. Damit würden wir dem Populismus und dem Wiederaufleben von Nationalismen und einem Rückzug auf uns selbst Vorschub leisten.
- so tun, als ob nichts geschehen wäre. Es müssen vielmehr die Gründe für die verschiedenen Ablehnungen gründlich analysiert werden.
- eine Pause verordnen, ohne deren zeitliche Grenzen festzulegen oder darzulegen, was während dieser Pause getan werden soll.
- mit der Aufweichung des gemeinschaftlichen Besitzstandes beginnen, den zu übernehmen wir doch von jedem neuen Mitglied verlangen.
- die Debatte Experten und angeblich sachkundigen Persönlichkeiten zu überlassen oder überstürzt schwerfällige institutionelle Strukturen bilden.
- Wir müssen uns vor Technokratie und juristischem Flickwerk hüten. Der Verfassungsentwurf ist ein Ganzes, bei dem alle Bestandteile in einem umfassend ausgehandelten, empfindlichen Gleichgewicht miteinander logisch zusammenhängen. So beziehen sich z.B. mehr als ein Drittel der Artikel des ersten Teils auf den dritten Teil. Einige Teile der Verfassung erfordern keine Änderungen in den Verträgen, dies wird aber aufgewogen durch andere, die dies erfordern. Wir sollten sorgfältig darauf bedacht sein, dass die Öffentlichkeit nicht den Eindruck gewinnt, dass der Entwurf fallengelassen wird, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, dass über den Text insgesamt abgestimmt wurde, ob dafür oder dagegen.

Es ist selbstverständlich die Aufgabe der Vertreter Frankreichs und der Niederlande, uns ihre Analyse des Ergebnisses ihrer Referenda zu liefern. Als Teilnehmer sowohl an den Kampagnen in meinem eigenen Land Spanien als auch in Frankreich und in den Niederlanden habe ich jedoch folgende Überzeugungen gewonnen:

REDE DES PRÄSIDENTEN

1. Es ist positiv, dass die Bürger sich stark und sogar leidenschaftlich für die europäische Frage interessiert haben. Die Diskussion mit ihnen muss fortgesetzt und dieser Grundsatz der "Europäisierung der Politik" genutzt werden.
2. Die Ablehnung richtete sich eher gegen das Europa, wie es besteht, als gegen das, was angestrebt wird.

Die Menschen haben wieder angefangen, über Amsterdam und Maastricht zu diskutieren (Teil III), und haben sich weniger damit befasst, was im Verfassungsvertrag neu war (Teil I und II).

3. Es wurde mehr gegen die Gesamtsituation als gegen den Text gestimmt.

Und diese Gesamtsituation wurde geprägt durch:

- 3.1. die Erweiterung, oder besser gesagt die bereits erfolgten oder angekündigten Erweiterungen;
- 3.2. die fehlende europäische Antwort auf die Impulse der Globalisierung und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaftsstrukturen;
- 3.3. die unterschiedliche Wahrnehmung des Europäischen Vorhabens oder die geteilten Meinungen, die die Bürger, ihre Eliten und die repräsentativen Institutionen dazu vertreten.

Viele Wähler, insbesondere die Jungwähler, haben diesen Verfassungsentwurf - ob zu Unrecht oder zu Recht - so empfunden, dass er keine wirksamen Lösungen für die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme bietet, als ob Europa das trojanische Pferd einer schlecht bewältigten Globalisierung oder verantwortlich für Unternehmensverlagerungen oder eine massive Zuwanderung wäre.

Andere Wähler wiederum betrachten Europa als zu stark reglementiert, zu kostspielig oder befürchten dadurch einen Verlust der nationalen Identität.

Der auf Frieden, Demokratie und Zusammenarbeit beruhende europäische Traum ist Wirklichkeit geworden. Und das bedeutet, dass er nicht mehr ein Traum ist, von dem man sich inspirieren lassen kann.

Europa ist eine Erfolgsgeschichte. Der Erfolg kann sich jedoch als fatal erweisen, wenn die heutigen Ängste stärker sind als die Träume von gestern.

Wir müssen daher neue Wege finden, damit das Projekt des erweiterten Europa wieder in der Lage ist, die Europäer von neuem zu mobilisieren.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Einige Überlegungen und/oder Aktionsmöglichkeiten für die Zukunft

Welche Überlegungen und/oder Aktionsmöglichkeiten bieten sich für die kommenden Monate?

- Zunächst müssten alle Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen positive Signale des europäischen Zugewinns aussenden, insbesondere im wirtschaftlichen und sozialen Bereich oder bei der Sicherheit.

Warum sollte man z.B. nicht die Aktionen der Europäischen Union, die mit Sicherheit heute auf Ihrer Tagesordnung stehen, im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, der Einführung eines gemeinsamen Visumsystems, einer gemeinsamen Datenschutzpolitik oder die Maßnahmen der justiziellen Zusammenarbeit in zivilrechtlichen Angelegenheiten und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung herausstellen?

Nicht zu vergessen die Bekämpfung der Geldwäsche und die Errichtung einer Agentur zum Schutz der Grundrechte. Die Agenda von Den Haag muss neu belebt und unseren Mitbürgern stärker und besser erläutert werden.

Es wäre auch hilfreich, wenn die Minister nicht Brüssel für all ihre nationalen Probleme verantwortlich machen würden und, wenn sie aus den Ratssitzungen kommen, nicht immer von Gewinnern und Verlierern sprechen würden.

Dies gilt auch für die Diskussionen, die Sie über die Finanzielle Vorausschau führen werden.

Das Parlament wird sich in Kürze zu einem bedeutsamen legislativen Dossier äußern, das einen starken Einfluss auf die Kampagnen für die Volksabstimmungen hatte, wie z. B. die Richtlinienentwürfe zur Liberalisierung der Dienstleistungen und zur Arbeitszeitgestaltung.

Die Diskussionen darüber werden an diejenige über den Verfassungsentwurf anschließen.

Es hofft auf einen positiven Dialog zwischen den Institutionen und insbesondere mit dem künftigen Ratsvorsitz des Vereinigten Königreichs.

Es wird jedenfalls, um der Gesamtsituation, die zum Nein geführt hat, zu begegnen, unerlässlich sein, dass wir uns zumindest mit den beiden folgenden großen Fragen befassen:

- Die Grenzen Europas

Existieren Sie? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum? Welche geostrategischen Interessen haben die Europäer? Wie soll man darüber mit den Bürgern diskutieren?

In dieser Diskussion muss unterschieden werden zwischen der Wiedervereinigung Europas, die die jüngste Erweiterung geprägt hat, und den künftigen Erweiterungen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Das europäische Sozialmodell

Können wir uns auf die europäische Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung verständigen, anstatt uns kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Modelle entgegenzuhalten, die nicht zwangsläufig alle identisch sein müssen, und uns dabei von den positiven und negativen Erfahrungen der einen und der anderen leiten zu lassen?

Aus all diesen Gründen kann und muss das Parlament ein Ort der Diskussion sein, aber nicht der einzige, und ein Ideengeber, aber auch nicht der einzige. Wir sind bereit, in Zusammenarbeit mit den künftigen Ratsvorsitzenden zu einer Diskussion beizutragen, die wir gemeinsam organisieren können.

Finanzielle Vorausschau

Gestatten Sie mir nun, dass ich auf den Standpunkt des Europäischen Parlaments zum zweiten großen Thema Ihrer Tagesordnung, nämlich der Finanziellen Vorausschau, eingehe.

Zunächst muss ich jedoch bemerken, dass eine rein auf den sogenannten Nettosalen beruhende Argumentation mir mehr und mehr einseitig und begrenzt erscheint.

Dies trägt dazu bei, dass die Bürgern den Eindruck gewinnen, dass sie Steuern an eine Art ausländische Macht bezahlen, die ihnen keine Gegenleistung erbringt.

Dies ist natürlich völlig falsch, weil wir ja zusammen sind, weil ein europäischer Zugewinn existiert und weil jeder von uns in unterschiedlicher Weise mittel- oder unmittelbar vom europäischen Aufbauwerk enorm profitiert hat.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das gestern von einem der Kommissionsmitglieder im Europäischen Parlament angeführt wurde: die dem Binnenmarkt zuzuschreibende Steigerung des BIP binnen zehn Jahren beträgt ca. 900 Mrd. EUR. Dies bedeutet im Schnitt 6000 EUR pro Familie der Europäischen Union und 2,5 Millionen geschaffene Arbeitsplätze.

Und es gibt noch mehr mindestens ebenso oder noch bedeutsamere Vorteile, die nicht in Euro gemessen werden können.

Wie können denn nun die Bürger nach all dem Europa gerne haben, wenn man ihnen nur erklärt, dass es sie als nationale Steuerzahler ein Vermögen kostet?

Daher möchte ich, dass eine Vereinbarung über die Finanzielle Vorausschau unabhängig von dem positiven Signal, das sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussenden würde, den Beginn einer neuen Phase der Überlegungen über ein angemesseneres Verhältnis zwischen den von uns gemeinsam angestrebten Zielen und den dafür erforderlichen Mitteln kennzeichnet.

Nach achtmonatigen intensiven Arbeiten hat das Parlament bekanntlich frist- und formgerecht mit sehr breiter Mehrheit seinen Standpunkt zur Finanziellen Vorausschau angenommen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Dies ist das erste Mal, das dies geschieht.

Ich möchte jedoch darauf hier nicht näher eingehen.

Sie kennen den Böge-Bericht genauso gut wie das Parlament den Vorschlag der Kommission und den des Ratsvorsitzes kennt.

Das Parlament hat sich natürlich in der Mitte zwischen den beiden, aber näher bei der Kommission, platziert.

Im Rahmen seiner derzeitigen Befugnisse wollte das Parlament unterstreichen, dass es die zukünftigen politischen Maßnahmen der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Innovation sowie diejenigen politischen Maßnahmen, die der Union eine Rolle auf der Weltbühne sichern sollen, unterstützt.

Es ist ferner der Auffassung, dass eine Aufstockung der Mittel für den neuen Raum der Sicherheit und Gerechtigkeit erforderlich ist.

In diesen Bereichen können wir am besten den europäischen Zugewinn erzielen, der für uns alle von Nutzen ist.

Fest steht, dass nach Ansicht des Parlaments die ehrgeizigen Ziele, die Europa verfolgen will, nicht innerhalb der 1% BIP-Obergrenze, für die sich einige Mitgliedstaaten aussprechen, nicht erreicht werden können.

Es ist nun an Ihnen, über Ihren Vorschlag zu entscheiden. Sie wissen, dass das Parlament eine Einigung zur rechten Zeit wünscht. Es möchte jedoch nicht irgendeine Einigung.

Und Sie sollten bedenken, dass der Rat nicht die alleinige Entscheidungsbefugnis bei der Finanziellen Vorausschau hat. Ihre Annahme erfordert die Zustimmung aller drei Organe.

Die künftige Finanzierung der Union ist zu bedeutsam, um sie auf ein Rechenexempel zu beschränken. Dies ist eine eminent politische Debatte, die die Handlungsfähigkeit der Union in den kommenden Jahren bestimmen wird.

Dies ist natürlich nicht unsere letzte Chance, die Finanzielle Vorausschau anzunehmen. Ich denke jedoch, dass es jedes Mal schwieriger werden wird. Sollten wir letzten Endes keine annehmen, müssten wir jedenfalls einen Haushaltsplan für 2007 aufstellen. Uns Sie wissen, was der Vertrag hierzu besagt, und welche Rolle dem Europäischen Parlament zukommen würde, wenn es dazu kommen würde.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Ich möchte nicht schließen, meine Damen und Herren Staats- und Regierungschefs, ohne einen ganz besonderen Dank an Jean-Claude Juncker und den luxemburgischen Ratsvorsitz, im Europäischen Parlament stets präsent in Person seines Vorsitzenden und der Minister Asselborn und Schmit, auszusprechen. Sie haben dem Europäischen Parlament stets Gehör geschenkt und eine außergewöhnliche Sachkenntnis bei sehr komplexen und zuweilen seit Jahren auf eine Lösung wartenden Dossiers unter Beweis gestellt.

Ich möchte ihnen dafür vor Ihnen allen meinen Dank aussprechen und dem luxemburgischen Ratsvorsitz eine glückliche Hand bei der Leitung der Diskussion in den kommenden Stunden hin zu einem erfolgreichen Abschluss wünschen!
